

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Amerikanische Auslandshilfe in Schweizer Sicht

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Amerikanische Auslandshilfe in Schweizer Sicht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 6, pp. 340-341

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131535>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

nicht wirtschaftliche Machtpositionen als Kampfmittel für die Durchsetzung seines Willens ausnutzen.

Wir bezweifeln, daß der DGB eine eigene Konzeption für eine gesellschaftliche Neuordnung hat. Er muß sich aber hüten, aus Mangel an neuen Ideen Wege zu beschreiben, die im Verfolg überholter

Lehren geradewegs in den Kollektivismus hineinführen. Denn es muß allen klar geworden sein, daß kein Arbeiter aus dem Kollektivismus profitiert. Er gewinnt weder einen höheren Lebensstandard noch eine größere Freiheit. Gewiß ist auch das Unternehmertum noch zu keiner eigenen Konzeption einer

gesellschaftlichen Neuordnung gekommen, und die von ihm vertretenen Lehrsätze entsprechen genau so wenig den Erfordernissen eines modernen Sozialstaates wie die des DGB. Aber das Unvermögen der einen Seite ist noch keine Entschuldigung für die Fehler der anderen Seite. (h)

## Amerikanische Auslandshilfe in Schweizer Sicht

Zürich, den 7. Juni 1952

Die USA. genießen als der „demokratische große Bruder“ die besondere Aufmerksamkeit der schweizerischen Öffentlichkeit. Geht es festlich an nationalen und gelegentlichen Feiertagen her, dann färbt ein aufrichtig warmherziger Ton die Reden an Volk und Staatsmänner der USA.; im Alltag mit dem Kampf um den so ausschlaggebenden nordamerikanischen Absatzmarkt für Schweizer Uhren und Käse hört der „große“ vom „kleinen demokratischen Bruder“ scharfe Worte und manchen bitteren Vorwurf. Was Weltgeltung und Weltpolitik angeht, so werden die USA. vermahnt, daß die außergewöhnliche Großmachtstellung auch zu besonderem Verantwortungsbewußtsein in welt-, handels- und sonstigen politischen Unternehmungen und Unterlassungen verpflichte. Die Bindungen und Beziehungen zwischen dem Kleinstaat Schweiz und der Weltmacht USA. sind eng und vielfach, und wenn sie auch manchmal heftig getrübt sein können, so verlieren sie darum nichts an Intensität.

So wie sich die Dinge nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt haben, sieht der Schweizer die amerikanische Aktivität in Europa als eine zwangsläufige Notwendigkeit an. Er wacht nur streng darüber, daß die amerikanischen Einflußnahmen in Europa die Rechte und die Neutralitätsstellung seines Staatswesens nicht berühren und läßt sich insbesondere in den — an sich recht freudlosen — politischen und kommerziellen Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks nichts dreinreden. Die besondere Lage der Eidgenossenschaft hat sie entweder außerhalb der Körperschaften und

Unternehmungen zur Neuordnung und Wiederfestigung Westeuropas gelassen oder zu einer betont karitativen Hilfeleistung veranlaßt und auf jeden Fall auf die Gleichzügigkeit gegenüber Ost und West bei allen Beteiligungen achten lassen. Daß die politischen und gefühlsmäßigen Akzente des Schweizers bei den freien und sich demokratisch regierenden Völkern liegen, ist nach Geschichte und Lebensauffassung nur selbstverständlich.

### Isolationistische Tendenzen

Gelegentlich der jüngsten Vertragsabmachungen der Westmächte mit der Bundesrepublik Deutschland ist die amerikanische Europapolitik der Nachkriegszeit in der Schweiz gewissermaßen Generalbetrachtungen unterworfen worden, besonders auch im Hinblick auf die Tendenzen und den Streit in den USA. zum Problem des Hilfsprogramms für 1952/53. In diesen Betrachtungen ist auch zum Ausdruck gekommen, daß die amerikanische Politik vom Brüsseler Pakt bis zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wohl geradlinig erscheint, doch tatsächlich nicht immer so gelaufen ist. Wohl sind die USA. sich mehr und mehr bewußt geworden, „die führende Großmacht der westlichen Hemisphäre zu sein“; dennoch ist noch immer „deutlich eine gewisse isolationistische Tendenz in der öffentlichen Meinung“ der USA. vorhanden. Dies nicht im Sinne einer Rückkehr zur einstigen „splendid isolation“: „Die isolationistische Tendenz äußert sich darin, daß die öffentliche Meinung fragt, ob es für Amerika zweckmäßig sei, sich so weitgehend militärisch und wirtschaftlich festzulegen.“

### Die Amerikaner kennen Europa nicht

Die nur zögernden Fortschritte in Richtung auf eine europäische Einigung beunruhigen angesichts der Druckmanöver und Zielsetzungen der Sowjetpolitik nicht nur die Amerikaner: Diese jedoch urteilen nur auf das hin, was aus Nützlichkeitserwägungen ihnen naheliegend und offensichtlich zwingend erscheint und lassen in weitgehender Unkenntnis der geistig-psychologischen Unterströmungen in den Völkern Europas außer acht, daß der Entwicklungsprozeß zur europäischen Einheit sich naturbedingt nur sehr allmählich abwickeln kann.

Die wenigsten Amerikaner — und daran hat auch der jahrelange Aufenthalt von Amerikanern in Uniform und als Funktionäre unzähliger Dienststellen und Organisationen in Europa nicht viel geändert — kennen Europa und die Geschichte seiner Nationen, sie beurteilen das Europa von heute einfach von der Geschichtslosigkeit und nach den Maßstäben und der strotzenden Kraft ihres Kontinents her. Läuft und handelt dieses durch eine Unzahl substanzfressender Kriege bis an die Wurzeln heran geschwächte Europa nicht nach allgemein amerikanischen Vorstellungen, fällt es schnell als unvernünftig und für sein Bestes unfähig der Interessenlosigkeit anheim.

Als besonders peinlich sieht es der Schweizer an, daß die Europa- bzw. die Auslandshilfe der USA. von der übergroßen Masse der Amerikaner einschließlich der politisch ausschlaggebenden Parlamentarier im Repräsentantenhaus und im Senat nach geschäftlichen Spekulationsüberlegungen heraus bewertet wird und man dementsprechend je nachdem, ob im Druck vom

Osten her Hausse oder Baisse herrscht, für ein Hilfsprogramm von wirklichem Werte oder für ein zusammengestrichenes ist. „Das politische Hin und Her in der öffentlichen Meinung Amerikas bezüglich der Notwendigkeit der Europahilfe ist im tiefsten Grunde unlogisch. Würde man jetzt die Hilfe auch nur auf einen ungenügenden Betrag beschränken, dann würden die bisherigen Opfer gefährdet und wirkungslos sein, und das ganze Vertragsgebäude des Atlantikpaktes und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft müßte in sich zusammenfallen.“

#### **Die Präsidentschaftswahl**

Wenn gegen die Unvernunft und Wankelmütigkeit des übergroßen Teiles der öffentlichen Meinung Amerikas und auch gegen die Mehrheit der Kongreßmitglieder, die einfach aus eigennützigen Überlegungen oder bestenfalls in weitgehender Unkenntnis der Notwendigkeiten und Gefahren für Europa der Volksstimmung folgen, die Kredite für das USA.-Hilfsprogramm für 1952/53 ohne zu weitgehende Streichungen im Repräsentantenhaus und Senat durchgegangen sind, dann schreiben orientierte Schweizer Beobachter dies vor allem den guten Einsichten und dem unermüdlich aufklärenden Wirken des Senators Tom Conally zu: „... einem Parlamentarier, der die Anstrengungen der europäischen Empfangsländer anerkennt und sich daher für die Gewährung der vollen Höhe der Hilfe mit großer Energie einsetzte.“

Unter dem Gesichtswinkel des weiteren Verhältnisses Amerikas

zu Europa und des Schicksals der USA. - Auslandshilfe wird dem Kampf um die Präsidentschaft der USA. die größte Aufmerksamkeit geschenkt und jede seiner Entwicklungsphasen genauestens registriert. Zur Illustration, auf wessen Sieg in der Schweiz gehofft wird, genügt der Hinweis, daß der kürzlichen Rede des rangältesten Repu-

blikaners in der außenpolitischen Kommission des Senats, des Senators Alexander Wiley, gegen den konservativen isolationistischen Flügel seiner Partei (und damit gegen Taft) mit dem Bekenntnis: „Amerika braucht eine starke Verteidigungslinie in Europa“, in der hiesigen Presse breitesten Raum gegeben wurde. (Zi)

## **Große und kleine Politik**

Die Anforderung eines Rechtsgutachtens vom Verfassungsgerichtshof über die Verfassungsmäßigkeit der Deutschlandverträge hat den parteipolitischen Kampf um die Ratifizierung zweifellos entspannt. Es war eine sehr kluge Demonstration des Bundespräsidenten, die das Ansehen der parlamentarischen Demokratie nicht stützen kann und die die Regierung vom Odium autoritären Handelns befreien kann. Sicherlich dürfte es möglich sein, beide Auffassungen hinreichend juristisch zu begründen. Insofern ist die Befürchtung gerechtfertigt, daß jedes Urteil und jedes Gutachten von der Zusammensetzung des Gerichtshofes abhängig ist. Andererseits ist es aber doch so, daß die auf einen solchen Posten Berufenen in erster Linie Juristen sind und daß die Prüfung dieser Frage ohne politische Leidenschaft vorgenommen werden wird.

An diesen überraschenden Schritt des Bundespräsidenten, der zweifellos nicht ohne vorherige Abstimmung mit der Bundesregierung erfolgt ist, sind weitgehende politische Vermutungen geknüpft worden: nämlich der Wunsch der Regierung nach einer Verbreiterung ihrer Koalitionsbasis. Es hätte sicher für die Regierungspolitik eine außerordentliche Stärkung bedeutet, wenn sie von der Gründung der Bundesrepublik an durch eine sog. Große Koalition gestützt worden wäre. Mancher innenpolitische Kampf und manche innenpolitische Zuspitzung hätte sich dadurch vermeiden lassen. Ob heute, nach dem Zutagetreten so großer Divergenzen zwischen Regierung und Opposition, eine Basis für eine solche Große Koalition gegeben ist, erscheint zumindest fraglich. Wenn sie zustandekäme, würde sie wahrscheinlich bei den Wählern beider Seiten leicht den Beigeschmack eines parlamentarischen Kuhhandels haben. Die Voraussetzung würde nur dann gegeben sein, wenn die Opposition bereits jetzt von der Nutzlosigkeit ihres Kampfes gegen die Ratifizierung der Deutschlandverträge überzeugt wäre und wenn sie meinte, bei einer passiven Duldung der ohnehin unvermeidbaren außenpolitischen Vertragsabschlüsse einen Einfluß auf die künftige Regierungspolitik und eventuell einige Verbesserungen im Betriebsverfassungsgesetz, das ihr innenpolitisch sehr am Herzen liegt, einhandeln zu können. Diese Konstellation ist insofern paradox, als die Opposition damit ihre Sympathien, die sie durch ihre konsequente Deutschlandpolitik auch im gegnerischen Lager erworben hatte, benutzen würde, um ihren in seiner kollektivistischen Grundstimmung auch in ihren eigenen Reihen sehr umstrittenen Entwurf zum Betriebsverfassungsgesetz zu retten. (sk)

**Dr. J. E. Schwenzner, Hamburg**

## **Der Messe-Test**

In nahezu allen Ländern der Erde gehören heute Messen und Ausstellungen als integrierender Bestandteil zum jahreszeitlichen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens, und zwar in einem sehr weiten Sinne des Wortes. Einige Messen haben sich über die regionalen und nationalen Grenzen hinaus gleichzeitig zu zentralen internationalen Organen entwickelt. Auf das Ereignis Messe<sup>1)</sup> bereiten sich die ausstellenden

Unternehmen mit besonderer Sorgfalt vor. Aber in nicht minderem Ausmaß gilt dies für die Kaufinteressenten, Besucher, Wirtschaftsverbände, Presse, Banken, Repräsentanten der Wirtschaftspolitik usw. Die Messen sind also Träger sehr wesentlicher privater und zugleich öffentlicher Funktionen. Betriebswirtschaftlich gesehen, stellen die bedeutenden Messen Großunternehmen dar. Obwohl die absatzwirtschaftliche Funktion und Bedeutung der Messen durch Praxis und Öffentlichkeit

<sup>1)</sup> Vgl. Arno Winter, Messen und Ausstellungen, Manifestationen schöpferischer Kraft, Wirtschaftsdienst, Hamburg, April 1952.